

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

### Curzons Absichten.

London, 24. April. (W.B.) Der gutunterrichtete diplomatische Mitarbeiter des „Daily Telegraph“ schreibt, keine Rolle sei im gegenwärtigen Augenblick entnommen von dem Gedanken Lord Curzons, als die eines Vermittlers oder ehrlichen Mäktlers, wie dies fälschlicherweise in Berlin aus seiner Rede herausgehört wurde. Curzon habe Deutschland eingeladen, ein

#### aufrechtiges Angebot an die Alliierten

zu machen, — nicht an oder durch Großbritannien. Lord Curzon würde unter den augenblicklichen Umständen nicht bereit sein, weiter zu gehen. Er habe in seiner Rede keine Summe für die Gesamtschuldung angegeben, und es verlautete, daß die britische Regierung bei der Erteilung von Ratsschlüssen an Berlin über die Ratsschlüsse eines aufrichtigen Angebotes niemals irgendeine feste Summe genannt habe. Die Deutschen könnten ehrlich der Ansicht sein, daß 50 Milliarden Goldmark über die Zahlungsfähigkeit des Reiches hinausgehen, sie würden sich jedoch durch bombastische Erklärungen, daß sie eine solche Summe nicht zahlen könnten oder nicht zahlen würden, nicht helfen.

Sie hätten von ihrer Bereitschaft gesprochen, die Entscheidung einer befugten Autorität in dieser Hinsicht anzunehmen. Da dem so sei, sollten sie sich damit begnügen, ihrer Bereitschaft Ausdruck zu geben, sich der Entscheidung einer solchen Autorität zu fügen, selbst wenn diese Entscheidung ihre Ansicht über die Unfähigkeit Deutschlands, 50 Milliarden zu zahlen, umstoßen sollte.

Wooor sich Deutschland vor allem hüten müsse, sei eine Verzögerung in der Unterbreitung eines Angebotes.

Einen interessanten Kommentar zu der obigen Wiedergabe des englischen Standpunktes durch den Berichterstatter des „Daily Telegraph“ bildet ein Telegramm des Pariser Korrespondenten der „Times“, der den französischen Standpunkt zu der Rede Curzons, da er von maßgebender französischer Seite als die „ermöglichte amtliche französische Ansicht“ erhalten hat, wiedergibt. Der Korrespondent schreibt, gewisse Stellen in der Rede Curzons würden in Paris als zweideutig angesehen und könnten zu unglücklichen Ergebnissen führen. Deutschland könne daraus den Schluß ziehen, daß es jetzt ruhig auf die Einladung Curzons hin ein Angebot

### Das deutsche Angebot. Vorbereitungen der Lösung.

Der „Sozialdemokratische Parlamentsdienst“ schreibt:

Es gibt zurzeit Kreise, die einen Zahlungsvorschlag unter Nennung einer festen Summe für richtig halten, während andere aus wirtschaftlichen und allgemein politischen Gründen die entgegengesetzte Meinung vertreten. Wir glauben, daß die Frage, ob ein deutscher Plan unter Angabe einer festen Summe oder nicht, im Augenblick nicht die entscheidende sein kann. Wenn wir uns nicht irren, findet diese Auffassung übrigens auch Anklang in maßgebenden deutschen Wirtschaftskreisen. Angebracht erscheint ferner, in diesem Zusammenhang darauf zu verweisen, daß der englische Außenminister in seiner Oberhausrede erklärte, daß ein zahlenmäßig fixiertes Angebot von Deutschland unter den obwaltenden Verhältnissen nicht erwartet werden kann, dagegen betonte er besonders die Garantiefrage. In der Tat ist das der wichtigste Punkt in einem Angebot. Er wird schließlich auch die Grundlage bilden für die Verhandlungen des internationalen Greniums zur Feststellung der deutschen Zahlungsfähigkeit, wie sie Lord Curzon in Aussicht stellte. Mit derartigen Verhandlungen muß man rechnen, selbst wenn Deutschland ein Angebot unter Nennung einer festen Zahl macht. Denn darüber muß man sich von vornherein klar sein, daß dieses Angebot, wenn es im Rahmen der Leistungsfähigkeit liegt, wie sie von deutschen Wirtschaftskreisen geschätzt wird, weder in Frankreich, noch in England und Belgien auf Gegenliebe stößt.

Mit Rücksicht darauf, daß die Garantiefrage bei den kommenden Erörterungen des Reparationsproblems eine wichtige Rolle spielen wird, wollen wir zu diesem Problem für heute nur einige grundsätzliche Bemerkungen machen. Bei einem Blick auf die deutsche Finanzlage muß man gestehen, daß die Lösung der Garantiefrage nicht einfach ist, andererseits aber auch erkennen, woraus es im Augenblick ankommt. Nachdem der weitaus größte Teil aller Steuern von den breiten Massen durch die Lohnsteuer und Verbrauchsabgaben aufgebracht wird, ist es ausgeschlossen, die neuen Lasten auf die Schultern der Arbeitnehmer zu legen. Noch unmöglicher aber ist der Versuch, sie auf die Notenpresse abzuwälzen, weil, wie das Vorjahr zeigt, in kurzer Zeit die Zahlungsunfähigkeit eintritt, ganz abgesehen davon, daß das Ausland sich auf eine derartige Form der Forderung der Anleihe nicht einlassen wird. Heberdies hat Voucheur erst neuerdings wieder erklärt, daß auch für ihn die Stabilisierung der Mark Vorbedingung der Reparationspolitik ist. Nun hat Stresemann im Reichstag und in Artikeln den früher von ihm und seinen Freunden so scharf bekämpften Gedanken der Sacherausführung in letzter Zeit nicht mehr abgelehnt. Das ist die Brücke zu unseren eigenen Forderungen. Es gibt in dieser Situation einfach keinen anderen Ausweg zur Lösung der Garantiefrage als den, die Sachwertbestände der neuen Lasten tragen zu lassen. Aber man wird sich in diesen Kreisen der Täuschung nicht hingeben dürfen, als ob man diesmal mit einem ähnlichen Bluff davonkommen könnte, wie es im Jahre 1921 der Industrie mit dem sogenannten „Kreditangebot“ oder später mit der Zwangsanleihe geglückt ist. Nicht allein die Garan-

absenden könne — nicht notwendigerweise ein präzises Angebot, denn nur ein Versprechen, die Summe zu zahlen, die von irgendeiner internationalen Körperschaft für möglich erachtet werde, scheine angelegt zu werden. Dieses Angebot würde, wie man aus der Rede Curzons entnehmen müsse, vorausgesetzt, daß die britische Regierung, die dazu geraten habe, es für vernünftig halte. Man komme daher zu der

#### Einsetzung Großbritanniens zum Richter

zurück oder scheine es zu tun. Dies sei die Auslegung der Curzon'schen Rede durch Deutschland. Aus dieser „irrtümlichen Auffassung“ gehe hervor, daß, wenn Deutschland etwas vorschläge, was in englischen Augen nicht als verächtlich angesehen werde, Großbritannien gezwungen werden würde, Partei zu ergreifen und seinen Einfluß bei den Franzosen geltend zu machen, um den deutschen Vorschlag als Verhandlungsgrundlage zur Annahme zu bringen. Aber dies bedeute, daß Deutschland nur Bonar Law's Plan vom letzten Januar anzunehmen brauche, den es zu seinen eigenen Gunsten abändern und Frankreich unterbreiten könne. Frankreich habe diesen Plan im Januar verworfen und müsse ihn auch heute verwerfen. Es würde absurd sein, nach der Befehung des Ruhrgebietes auf diesen Plan zurückzukommen.

Der Berichterstatter der „Times“ mißt obiger französischer Erklärung große Bedeutung bei und folgert daraus, daß die Rolle eines Friedensrichters heute nicht leichter sei, denn sogar der einfachste und vernünftigste Ratsschlag könne schief angesehen werden. Von französischer Seite wurde dem Berichterstatter zum Ausdruck gebracht, daß unter diesen Umständen eine weitere Darlegung der britischen Haltung wünschenswert sei.

#### Wichtige Erklärung im Unterhaud.

London, 24. April. (W.B.) Im Unterhaud fragte gestern, Wedgwood Benn, ob von der französisch-belgischen Kommission ein neuer Plan für die deutschen Reparationen vorbereitet werde. Unterstaatssekretär Mc. Keil erwiderte, er wisse darüber nur das, was er in den Zeitungen gelesen habe. An den Beratungen dieser Kommission nehme kein britischer Vertreter teil und die britische Regierung würde keiner Entscheidung zustimmen, zu der man in der Frage der Reparationen ohne ihre Teilnahme gekommen sei.

tie der Industrie, des Handels und der Landwirtschaft steht zur Debatte, sondern eine tatsächliche Leistung, die so fest verbürgt sein muß, daß sie dem Ausland gegenüber eine wirkliche Kreditunterlage darstellt. Nachdem Cuno der Reihe nach alle die früher von den bürgerlichen Parteien bekämpften Anregungen der Regierung Wirth zur Stützung der Mark in der höchsten Not hat durchführen müssen, wird ihm in der Reparationsfrage schließlich kein anderer Weg bleiben, als die Sachwerte zu erfassen, wenn er im Ernst eine Lösung herbeiführt. Weder ein Kredit im Ausland, noch ein innerer Ausgleich des Stats, auf den die Entente bestehen wird, ist möglich, wenn nicht diejenigen endlich Goldsteuern von ihren Goldwerten zahlen, die heute Goldpreise erzielen und Goldzinsen nehmen.

Die Vertretung der deutschen Arbeiterschaft, der Sozialrentner und Beamten, wie überhaupt aller derjenigen, die auf Papiermark angewiesen sind, hat allen Grund aufs schärfste für die Notwendigkeit der Erfüllung dieser einzig wirklichen Vorbedingung für ein Angebot und damit für eine Befreiung aus der schwierigen Lage öffentlich im Parlament einzutreten.

### Schluß der Völkerverbundtagung.

Genf, 24. April. (E.U.) Im Völkerverbundrat machte Präsident Wood darauf aufmerksam, daß auch innerhalb der Regierungskommission des Saargebietes selbst ein Teil gegen die Rotverordnung sei. Präsident Kaull erklärte schließlich, daß diese aufgehoben werden soll, sobald wieder normale Verhältnisse geschaffen seien und bis dahin solle sie in den gesetzmäßigen Grenzen angewandt werden.

Der Entschluß über die ungarisch-ischekoslowakische Grenze im Gebiet von Salgo-Tarjan gibt Ungarn die Bergwerksterritorien und zwei von Madjaren bewohnte Dörfer, die Tschekoslowakei erhält die Berghöhen.

In der ungarisch-rumänischen Frage über die Expropriation der ungarischen Öpanien (der enteigneten madjarischen Junker, darunter des jetzigen Ministerpräsidenten Beihlen. Red.) in Transylvanien schickte die Lösung an der Weigerung der rumänischen Regierung, den Fall vor ein internationales Schiedsgericht zu bringen. Nach einer sehr langen Debatte erklärte der Berichterstatter sich bereit, einen neuen Bericht vorzulegen.

Um 8 Uhr schloß Präsident Wood die 24. Tagung des Völkerverbundrats.

### Der Dollar steigt weiter.

Die Diskonterhöhung der Reichsbank hat vorläufig am Geldmarkt noch keine nennenswerte Wirkung gezeigt. Heute war Geld an der Börse reichlich angeboten. Die Geldleihsätze zeigten im Vergleich zur Vormoche keine Veränderung. Die Stimmung am Devisenmarkt war sehr fest. Der Dollar stellte sich gegen Mittag auf 30000 — 30500. Man sprach davon, daß die Reichsbank in nächster Zeit große Dollarverpflichtungen bei ihren amerikanischen Geschäftsvorbänden zu decken habe. Am Effektenmarkt beobachtete man größere Auslandskäufe in westdeutschen Montanwerten. Die Tendenz der Effektenbörse war im allgemeinen recht fest.

### Die Konsolidierung Polens.

Von Dr. Alfred Roffig.

Der chaotische Zustand, in dem der Weltkrieg Polen wiedererleben ließ, beginnt nunmehr geordneteren Verhältnissen Platz zu machen. Vier Jahre lang stellte Polen eine fast beispiellose Anomalie dar: es war ein Reich ohne Grenzen.

Durch die jüngsten Beschlüsse der Völkerverbundtagung wurde diese Anomalie behoben. Polen bildet nun ein fest umrissenes territoriales Gebilde. Gleichzeitig aber strebt die polnische Regierung unter der Regide des neuen Staatspräsidenten Wojciechowski die wirtschaftliche Sanierung des Landes an. Den Plan dieser Aktion entwirft das vom Finanzminister Grabki im Sejm eingebrachte Finanzgesetz.

Daß diese beiden Konsolidierungsmaßnahmen, die territoriale und die wirtschaftliche, auf das engste miteinander zusammenhängen, ist von vornherein klar. Nur wenn sich beide vereinen und wenn auch eine politische, innere Konsolidierung eintritt, wird Polen tatsächlich das werden, wozu ihm eine außergewöhnliche Gunst des Schicksals gegenwärtig die Möglichkeit bietet: einer der entscheidenden Faktoren in der Gestaltung der osteuropäischen Verhältnisse und des europäischen Friedens.

Das Schicksal haben im Falle Polen die Entente-mächte gespielt. Durch die Entscheidung vom 15. März haben sie Polen Ostgalizien sowie das Gebiet von Wilna zugesprochen und die russisch-polnische Grenze, wie sie der Vertrag von Riga festsetzt, bestätigt. Daß eine solche Entscheidung möglich wurde, ist auf eine Aenderung der Stellungnahme Englands zurückzuführen, welches Polen früher mit unverhohlenen Mißtrauen gegenüberstand.

Es darf jedoch nicht übersehen werden, daß die definitive Einverleibung Ostgaliziens auf nachdrückliche Proteste der Ukrainer, auch der ukrainischen Sozialdemokratie stieß. Die Frage, ob Polen es verstehen wird, die berechtigten Wünsche der 7 Millionen zählenden ukrainischen Bevölkerung von Wolhynien, Polesje und Ostgalizien zu befriedigen, ist für die weitere Entwicklung der polnischen Republik von entscheidender Bedeutung. In der Resolution der Völkerverbundtagung heißt es allerdings: „Polen hat anerkannt, daß die ethnographischen Bedingungen für Ostgalizien eine autonome Verfassung verlangen.“ Ferner hat die polnische Regierung ein besonderes Manifest an die Bevölkerung der östlichen Randgebiete gerichtet und darin die volle Freiheit der nationalen und kulturellen Entwicklung sowie die baldigste Lösung der Agrarfrage zugesichert. Dennoch wirkt selbst der föderalistisch gestimmte ukrainische Abgeordnete Wasynczuk der polnischen Regierung vor, daß sie sich bei keinem festen Programm den nationalen Minderheiten gegenüber entschlossen hätte. Von diesem Programm aber hängt die politische Innenkonsolidierung Polens ab.

Dies gilt besonders auch in Hinblick auf die zweitgrößte Minorität, die Juden, deren Sejmvertretung sich genötigt sah, gegen das ursprünglich von ihr unterstützte Kabinett Sikorski in Opposition zu treten. Daß der Ministerpräsident den antisemitischen Hejweerein „Kowoj“ auslöste, ist eine anerkennenswerte Tat. Die Ausschreitungen gegen die Juden jedoch, welche aus Anlaß der Urteilsverurteilung an dem Prälaten Dublewicz in Warschau stattgefunden haben, und die Sturmjungen im Sejm beim Protest der jüdischen Abgeordneten beweisen, daß die polnischen Nationalisten auf ihre Gewaltpolitik noch immer nicht verzichten wollen.

Auch Litauen und Sowjetrußland haben gegen die Entscheidung der Völkerverbundtagung protestiert. Polen hat diesen Protesten gegenüber darauf hingewiesen, daß eine friedliche Verständigung auf der Grundlage der getroffenen Entscheidung im Interesse aller Beteiligten liege. Indessen hängt das weitere Verhältnis zu diesen Staaten davon ab, ob die polnische Regierung auch in der Praxis auf eine friedliche Verständigung mit den Nachbarstaaten hinarbeiten wird.

Polens Friedenswille ist nach der Befriedigung seiner territorialen Ansprüche vollkommen begreiflich. Er hat jedoch noch einen tieferen Grund: das ist die wirtschaftliche Lage Polens, welche sich zu einer Katastrophe zuspitzen würde, wenn Polen nicht mindestens für eine Reihe von Jahren die friedliche Entwicklung gesichert wird. Dies geht schon aus dem Gesetzentwurf Grabki's hervor, der für die Regelung des polnischen Finanzwesens eine dreijährige Periode als ungenügend bezeichnet.

Daß die wirtschaftliche Sanierung für Polen eine Lebensnotwendigkeit bedeutet und um jeden Preis erstrebt werden muß, beweist auch der ganze Aufbau des Gesetzes. So wird in den Durchführungsvorschriften eine ganz ungewöhnliche Maßnahme getroffen: die als unberechenbar geltende Kammer wird zunächst ausgeschaltet und an ihrer Stelle der Staatspräsident als funktionierende Instanz eingesetzt.

Auch einer zweiten Gefahr scheint das neue Finanzgesetz aus dem Wege gehen zu wollen. Man befürchtete, daß die Finanzreform die polnische Mark nun definitiv durch den Goldguldin verdrängen würde. Eine solche Maßnahme müßte nach den u. a. in Litauen gemachten Erfahrungen eine unerträgliche Teuerung und die wirtschaftliche Isolierung Polens nach sich ziehen.

Der Goldguldin als neue Valuta ist jedoch noch nicht eingeführt und das Gesetz entscheidet auch noch nicht, ob er überhaupt eingeführt werden wird. Wohl aber macht es gewissermaßen eine Vorprobe der Goldwährung, indem es den Goldguldin als Wertmesser in theoretischem Sinne, und zwar

ausschließlich bei den Berechnungen des staatlichen Budgets zur Anwendung bringt. Aus dem Bereich der Privatwirtschaft ist der theoretische „Goldgulden“ vorläufig ausgeschlossen.

Eine erhebliche Besserung der Finanzlage verpricht sich die Regierung von einer anderen Reformmaßnahme, nämlich von der Umgestaltung sämtlicher staatlicher Betriebe in selbständige Unternehmungen nach privatwirtschaftlichem Vorbild. Die staatlichen Forste, die Staatsbahnen, Domänen, Gruben, Druckereien, Kurorte, ferner die Militär-, Telegraphen- und Telefonfabriken sowie das Tabak- und das Spiritusmonopol sollen von nun an nach der Art von Privatbetrieben, welche auf Gewinn angewiesen sind, wirtschaften. Das Finanzministerium erwartet, daß diese Betriebe in den kommenden drüßhalb Jahren nach den neuen Methoden um 300 Millionen Goldgulden mehr eintragen werden, als dies nach der bisherigen Wirtschaftsweise möglich wäre.

Ob diese Berechnung sich bewähren wird, bleibt abzuwarten. Die sozialistische Partei Polens hat jedenfalls schon aus prinzipiellen Gründen gegen die Privatisierung der Staatsbetriebe Stellung genommen und wird diesem Teile des Grabstischen Finanzprogramms ihre Unterstützung versagen.

Es drängt sich nun die Frage auf, ob die realen Verhältnisse es gestatten werden, daß der Finanzsanierungsplan Minister Grabstis sich tatsächlich programmatisch abwickelt. Dies hängt selbstverständlich nicht nur von der gesamten Wirtschaftspolitik, sondern auch von der ganzen Richtung der Staatspolitik ab. Liegt doch der Schwerpunkt des Budgetproblems in den Ausgaben des Kriegsministeriums, welche schon jetzt, während einer Periode „gerüsteten Friedens“, die Hälfte des ganzen Etats ausmachen. Jede kriegerische Verwicklung müßte natürlich die heutige Kalkulation des polnischen Finanzministeriums über den Haufen werfen.

Andererseits hängt die Durchführung dieser Kalkulation von der Erlangung einer Auslandsanleihe in der Höhe von 500 Millionen Goldgulden ab. Die definitive Festlegung der Grenzen Polens hat nun wohl die formalen Bedingungen zur Erlangung einer solchen Anleihe geschaffen. Dennoch werden Polen ausländische Kredite nicht zur Verfügung stehen, wenn nicht genügende Garantien dafür vorhanden sind, daß das investierte Kapital produktiven Zwecken und nicht zur Deckung militärischer Abenteuer dienen wird. Diese Umstände machen es begreiflich, daß Polen trotz des politischen Machtzuwachses, den es seiner territorialen Stabilisierung verdankt, ernstlich bestrebt sein muß, kriegerischen Verwicklungen aus dem Wege zu gehen. Selbst gepanzerte Reden, wie sie Ministerpräsident Sikorski jüngst in Polen gehalten hat, liegen heute entschieden nicht im Interesse Polens. Das Programm der Konsolidierung Polens erfordert vielmehr, daß Polen, nach den glücklicher gewählten Worten Sikorski im Sejm-Exposé, tatsächlich „sich jenen friedlichen Bemühungen anschließt, welche die Herstellung des verlorenen Gleichgewichts und den Wiederaufbau der Grundlagen der allgemeinen Menschheitszivilisation anstreben“.

## Eine außenpolitische Extratour.

Wer regiert im Auswärtigen Amt?

Wir haben bereits darauf hingewiesen, daß der Besuch des Grafen v. d. Goltz in Finnland in breiten Kreisen des finnischen Volkes einen Sturm der Entrüstung ausgelöst und zu heftigen Protesten in der sozialdemokratischen Presse geführt hat. Wie aus weiteren Berichten aus Helsingfors hervorgeht, gewinnt die Extratour des Grafen Goltz, des Admirals Meurer und des Freiherrn v. Brück einen um so skandalöseren Charakter, als an dem mit ihrem Besuch verknüpften Veranstaltungen, die angeblich rein privater Natur waren, auch die offiziellen deutschen Vertreter in Finnland teilgenommen haben. Wie Herr C. v. Kugelgen in der „Pressekorrespondenz des Deutschen Auslandsinstituts Stuttgart“ mitteilt, nahmen Mitglieder der deutschen Gesandtschaft am Empfang der drei „Privatleute“ am

4. April teil, und an der am Abend desselben Tages stattfindenden Feier des fünften Jahrestages der Landung der deutschen Flotte 1918 in Hangö war als Ehrengast auch der deutsche Gesandte Graf Jech-Burkersroda anwesend.

Es muß besonders hervorgehoben werden, daß die mit dem Besuch der Herren Goltz, Meurer und Brück verknüpften Veranstaltungen, an denen die sinnliche Regierung trotz ihres gemäßigten konservativen Charakters jede Beteiligung ablehnte, nicht nur den Charakter einer Provokation der arbeitenden Klassen Finnlands trugen, sondern auch eine scharfe Spitze gegen Rußland enthielten. Dieser antirussische Charakter der Kundgebungen wurde noch unterstrichen durch eine Unterredung, die General v. d. Goltz in Helsingfors mit Pressevertretern hatte. Es ist deshalb durchaus verständlich, daß die Moskauer „Swestija“, das amtliche Organ der Sowjetregierung, sich heftig gegen das Auftreten des Grafen v. d. Goltz wendet. Die „Swestija“ schreiben, daß die deutsche Regierung durch das Auftreten des Grafen Goltz, der gemeinsam mit dem Obersten Amaloff-Bermond den aktiven Kampf gegen Sowjetrußland geführt habe, in ein schiefes Licht gerate, denn in Rußland entstehe dadurch der Eindruck, als ob in Deutschland immer mehr die Kreise die Oberhand gewinnen, die Sowjetrußland feindlich gegenüberstehen.

Die hier von russischer Seite erhobenen Vorwürfe können nicht durch den Hinweis entkräftet werden, daß die Reise des Grafen Goltz nach Finnland eine „Privatangelegenheit“ gewesen sei, denn durch die Anwesenheit des deutschen Gesandten und anderer Mitglieder der Deutschen Gesandtschaft haben die mit diesem Besuch verknüpften Veranstaltungen mindestens einen offiziellen Anstrich erlangt. Ganz abgesehen von der dadurch erzielten innerpolitischen Disreditierung der Deutschen Republik, die auf das schärfste verurteilt werden muß, bedeutet diese Haltung der offiziellen deutschen Vertreter in Finnland eine Schädigung der durch den Rapallovertrag festgelegten deutsch-russischen Beziehungen. Man mag sich zu dem Rapallovertrag stellen, wie man will. Aber nachdem er einmal zu einem Bestandteil der deutschen Außenpolitik geworden ist, muß man vom Auswärtigen Amt verlangen, daß seine Vertreter im Auslande diese Politik nicht durch ihre Extratouren durchkreuzen. Es wäre sehr angebracht, wenn Herr v. Rosenbergs in dieser Beziehung nach dem Rechten sehen würde.

## Die Kommunisten und Frankreich.

Unter dem Druck der besonnenen Zentrale versuchen die Kommunisten, soweit sie ihrer eigenen Leute Herr sind, an der Ruhr eindeutiger als vor Wochen in die gemeinsame Abwehrfront einzurücken. Walter Stöcker weist in der „Roten Fahne“ entrüstet den Vorwurf zurück, als ob die Kommunisten irgend etwas mit Frankreich zu tun hätten. Er bestätigt dabei noch einmal — und er muß es ja wissen —, daß die französischen Generäle immer noch Versuche machen, an die Kommunisten heranzukommen und sie für ihre Zwecke auszunutzen. Er weist auf die zahlreichen Kommunisten hin, die ebenfalls Opfer der französischen Unterdrückung geworden seien und fährt dann fort:

Wenn es bisher noch nicht zu weit schärferen Konflikten mit den französischen Behörden gekommen ist, so deshalb, weil die französischen Generäle und Offiziere die strikte Anweisung haben, die Arbeiterschaft „freundlich“ und „zuwinkend“ zu behandeln, weil die Herren in Paris glauben, mit dieser gerissenen Methode die Arbeiterschaft zermürben zu können. Wenn dies bisher Herrn Poincaré und dem Comité des Forges trotz der Hunderte von Agenten und Spionen bisher nicht gelungen ist, so vor allem dank der Haltung der kommunistischen Partei. In den letzten Wochen haben sich diese Elemente vor allem an die Arbeitslosen gewandt, um sie — wie es scheint, mit Hilfe von syndikalistischen Wirkköpfen — sowohl zur Zerstörung der Abwehrfront der Arbeiterschaft als auch als billiges Werkzeug für ihren Rohlenraub zu mißbrauchen. Auch hier haben die Kommunisten am Rhein und an der Ruhr von Anfang an den Arbeitslosen die klare Losung zugerufen: Keinen Handstreich für den französischen Imperialismus! Wenn sich dennoch Arbeitslose von den

Franzosen breitschlagen lassen, so deshalb, weil die Regierung und die Behörden geradezu Schindluder mit diesen Opfern des Ruhrkrieges getrieben haben.

Der Hinweis auf die Schuld der Regierung soll dabei wohl nur eine kleine Ablenkung von der nicht zu leugnenden Tatsache sein, daß die KPD ihre Leute selber nicht in der Hand hat und im Ruhrgebiet jede Ortsgruppe macht, was sie will. Hinzu tritt die Agitation der anarchistischen Opposition der Fischer-Maslow, deren Einfluß ständig zunimmt. Außerdem mußte Walter Stöcker erst dieser Tage im „Kämpfer“ beinahe schmerzhaft auseinandersetzen, daß für die kommunistische „Aktivität“ der Boden an der Ruhr nicht so günstig sei, denn...

„Katastrophale Lebensmittelnot trat nirgends ein. Und die Arbeitslosigkeit steigerte sich nur allmählich, daß selbst bis heute in ganz Rheinland-Bestfalen nach den amtlichen Ziffern nur etwas über 50 000 Arbeitslose vorhanden sind, während Berlin allein über 80 000 Arbeitslose zählt. Der größte Teil der 50 000 Arbeitslosen befindet sich zudem nicht im Ruhrgebiet, sondern mehr am Niederrhein und im Bergischen Lande. Hinzu kommt, daß die Arbeitslosen überall mindestens zwei Drittel, vielfach den vollen Lohn ausgezahlt bekommen.“

Es ist eben so, daß die Kommunisten zwischen politischer Einsicht und den Agitationsbedürfnissen gegenüber ihren Anhängern hin und her getrieben werden. Auf der einen Seite erkennen sie selber an, daß man erst mal die Franzosen aus dem Ruhrgebiet hinausbringen muß, und daß das nicht geschehen wird, wenn man Unruhen provoziert, auf der anderen Seite können sie das Hezen nicht lassen. Wenn dann Arbeiter Opfer dieser Heze werden, dann waren es „Wirkköpfe“, und die Gewerkschaften üben „Berrat“, wenn sie für solche „Aktionen“ nicht einspringen wollen. Zur dauernden Besinnung werden sie erst dann kommen, wenn sie spüren, daß alle ihre „Aktionsauftrufe“ und immer wechselnden Parolen von der sozialistischen Arbeiterschaft abgelehnt, ohne die sie ja — wie sie selbst sehr gut wissen — absolut ohnmächtig sind.

## Der deutsche Steuerstand.

In unserer heutigen Morgenausgabe teilten wir die Zahlen aus dem Aufkommen der Einkommensteuer mit und das zunehmende Mißverhältnis zwischen Lohnsteuer und der Einkommensteuer aller übrigen Veranlagungspflichtigen. In der soeben erschienenen Uebersicht des Reichsfinanzministeriums über die Einkommen des Reiches an Steuern, Zöllen und Abgaben im Monat März (Nr. 94 des Deutschen Reichsanzeigers) wird mitgeteilt, daß im Monat März eingegangen sind aus dem Lohnabzug 179 079 338 667 Mark, aus der Einkommensteuer der Veranlagungspflichtigen 9 543 700 771 Mark. Die Lohn- und Gehaltsempfänger haben somit 20 mal so viel an Steuern aufgebracht wie die kapitalistischen Kreise. Das ist ein geradezu ungeheuerlicher Zustand, der einfach nicht mehr länger zu ertragen ist.

## Sozialdemokratische Erfolge in der Schweiz.

Bei den in der vorigen Woche stattgefundenen Kantonsratswahlen in Zürich sind im ganzen gewählt worden: 66 Bauern, 11 Christlichsoziale, 32 Demokraten, 9 Evangelische, 49 Freisinnige, 5 Grünländer, 10 Kommunisten und 76 Sozialdemokraten. Kommunisten und Sozialdemokraten besaßen im alten Rat zusammen 76 Mandate oder 33 Proz. der Gesamtzahl. Dieses Verhältnis ist beibehalten worden. Die Verschiebung ist innerhalb dieser Parteien vor sich gegangen. Die Sozialdemokraten steigern ihre Mandatzahl von 62 im alten auf 76 im neuen Kantonsrat, während die Kommunisten von 14 auf 10 zurückgegangen sind. Die Grünländer sind ebenfalls von 7 auf 5 Mandate zurückgegangen. Ein Beweis dafür, daß die Arbeiterschaft sich mehr und mehr unter der Fahne der Sozialdemokratie zusammensindet.

Tessa in München. Der päpstliche Delegat für das Ruhrgebiet, Monsignore Tessa, ist in München eingetroffen und vom päpstlichen Nuntius Monsignore Bacci empfangen worden. Tessa wird über Berlin wieder nach dem Ruhrgebiet zurückkehren.

## Der gute Kommis.

Von Hans Bauer.

Ich gehe in ein Konfektionsgeschäft. Ich will einen Sommerüberzieher erbitten.

Ein junges Kerlchen tritt auf mich zu, verbeugt sich, fragt nach meinen Wünschen. Ich nenne mein Begehrt. Der junge Mann verbeugt sich von neuem: „Augenblick, bitte. Ich werde Ihnen gleich etwas vorlegen.“ Er weht hinter den Ladentisch, zieht eine Gardine zurück, hebt eine Anzahl Mäntel von der Stange, buckelt sie auf den Ladentisch und erläutert: „Dieser Stoff trägt sich sehr gut. Prima Qualität. Von diesem Überzieher habe ich vorige Woche zehn Stück hereinbekommen. Bis auf vier habe ich sie schon verkauft. Sehr fleißig. ... Etwas Ausgezeichnetes empfehle ich Ihnen mit diesem Überzieher. Ich kann ihn schon mit 100 Mille abgeben.“

Der junge Mann empfiehlt und empfiehlt. Und immer empfiehlt er in der Ich-Form. Der junge Mann ist etwa 18 Jahre alt. „Er“ hat gar nichts hereinbekommen und „er“ hat gar nichts abzugeben. Er ist der Angestellte seines Chefs und macht weder die Preise, noch gibt er die Bestellungen auf. Wenn er sich diese Tätigkeit zuspricht, so läuft er mit einer Kompetenz vor, die er nicht hat, so beraubt er seinen Chef einer Initiative, auf die dieser in Wahrheit nie verzichtet wird.

Nach einer kurzen Weile erscheint der Chef. Er begrüßt mich mit einem Kopfnicken und wirft einen forschenden Blick auf seinen Kommis.

Es bedeutet mich, daß die Gegenwart seines Chefs dem jungen Mann ein Signal bedeute, unpersönlicher zu werden. Aber ich habe mich geirrt. „Besondere Auswahl habe ich in Roglans“, fährt der junge Mann fort. „Moment, bitte. Ich lasse gleich etwas bringen.“ Er ruft einen Stiff und beauftragt ihn. „Diesen Überzieher könnte ich Ihnen eventuell zweitreilig umarbeiten lassen. Sie müßten mir nur etwas Zeit lassen.“

Der Chef hat ein befriedigendes Nicken auf dem Gesicht stehen. Er bestreitet dem jungen Manne keineswegs das Recht, in seinem Namen zu sprechen. Er freut sich seines Kommis. Seines Kommis, der einen Ehrgeiz hat. Den Ehrgeiz, vor der Kundschaft selbständig zu scheitern, tagsüber minutenlang vor den Fremden als der Brennpunkt des Geschäftes zu gelten, als Befehlshaber, Direktorenerteiler, als der Arrangeur und Kommandierende.

Der Chef hält die Zügel. Er denkt nicht daran, den jungen Mann in Entscheidendes reinreden zu lassen. Der junge Mann ist nachgeordnet. Der junge Mann hat nichts zu sagen. Aber er darf scheitern. Er soll scheitern wollen. Im Scheitern-wollen liegt Anerkennung einer Machtgruppierung, einer Ordnung. Wer Chef-Kompetenzen sich aneignen will, ehrt den Begriff Chef.

Der junge Mann legt mir weiter vor: „Einen eminenten Stoff habe ich noch auf Lager. Wenn Ihnen diese Auswahl nicht genügt, lasse ich ihn holen.“

Wenn Gottes Beifall uns einmal wieder mit einem Obrigkeitstaat züchtigen sollte, dann möge sich dieser des jungen Mannes erinnern.

Der braucht bloß nichts zu sagen zu haben, dann hat er das Zeug, sich für jede Sache zu begeistern, in deren Namen er sprechen darf.

Dann hat er das Zeug zum idealen Untertan.

Die elektrifizierte Stadt. Die Vereinigten Staaten sind das Land, das sich immer energischer von der Hilfe der bedienenden Menschheit unabhängig zu machen bestrebt ist. Man hat ausgerechnet, daß jeder Amerikaner die Arbeitsleistung von 40 Pferdekraften zu seiner Verfügung hat, die durch Dampf, Petroleum und Elektrizität erzeugt werden. Zum Zweck dieser Erzeugung werden jährlich 800 Millionen Tonnen Kohle verbraucht. Wahrscheinlich noch größer ist aber der Verbrauch von Öl. Nach der Schätzung der Ingenieure verfügt Amerika außerdem über Wasserkräfte, die jedes Jahr mehr als 80 Millionen Pferdekraften liefern könnten und die heute noch völlig brach liegen. Der Traum der Ingenieure ist es denn auch seit langem, diese brachliegenden Wasserkräfte für die Industrie des Landes nutzbar zu machen. Dieser Traum soll nun aber in nächster Zeit verwirklicht werden; denn nach den Mitteilungen, die aus dem Hauptquartier des großen elektrischen Konzerns zu Schenectady in die Öffentlichkeit dringen, ist man bereits emsig am Werke, die Gewässer des weiten Gebietes der Vereinigten Staaten durchziehenden Oregonstufes industriell auszunutzen. Der Plan sieht die Mobilisierung von 800 000 Pferdekraften elektrischer Kraft vor. Damit will man Hunderttausende von Acres Ackerland in blühenden Ackerboden verwandeln, Dutzende von großen industriellen Establishments ins Leben rufen und eine funktionsglatte große Stadt begründen, die trocken- und rauchlos und deshalb untadelig sauber sein wird. Als Platz für diese Stadt ist ein Terrain an den Priests Rapids auszuweisen, mächtigen Fällen des Oregon, die über ein Gelände von rund 15 Kilometern aus einer Höhe von über 30 Metern herabfallen. An diesen Fällen soll zunächst die größte Talsperre der Welt angelegt werden, die an Ausdehnung noch den Staudamm des Nils bei Assuan übertrifft. Dann wird man darangehen, die elektrische Modellstadt der Zukunft zu erbauen mit Wohnungen für eine Bevölkerung von 40 000 Arbeitern und schornsteinlosen Fabriken. Für industrielle Zwecke sollen insgesamt 400 000 Pferdekraften verwandt werden, während für Bewässerung und Fruchtbarmachung des Bundeslandes 300 000 Pferdekraften an Energie aus zweiter Hand zur Verfügung stehen.

Eine Gesellschaft zur Erhaltung des Wisent. Der Wisent, diese älteste Form des Großwidders, ist nur noch in wenigen Exemplaren in Europa künstlich erhalten. Der Bestand des Waldes von Białowies fiel den Nachkriegswirren zum Opfer, und ebenso sind die Wisente der Pleßchen Besitzungen auf einen kleinen Rest zusammengeschrumpft. Es gibt gegenwärtig nur noch 56 Wisente, die in den zoologischen Gärten und einigen privaten Wildgattern

gehegt werden. So hat Graf Arnim auf Beutenberg in der Uckermark die letzten Wisente des Hagenbedschen Tierparks erworben. Herr von Beyme hat auf seinem mecklenburgischen Gut Scharbow in einem ausgedehnten Gehege drei Bullen und drei Kühe. Es muß auch mit dem Hinscheiden der wenigen noch erhaltenen Tiere gerechnet werden, wenn es nicht gelingt, durch eine planmäßige Zucht die Vermehrung der Bestände zu erreichen. Wie Rud. Zimmermann in der Zeitschrift „Naturbuch“ mitteilt, hat der Direktor des Zoologischen Gartens in Frankfurt a. M., Dr. Priemel, die Gründung einer „Gesellschaft zur Erhaltung des Wisent“ angebahnt. Diese Gesellschaft soll das Weiterzüchten des Tieres und seine Züchtung in die freie Wildbahn, die vielleicht schon in 12 bis 15 Jahren erfolgen könnte, übernehmen. Das nötige Material zur Buntausfrischung der europäischen Bestände würde sich durch ein bisher noch unbekannt gebliebenes Wisentvorkommen erzielen lassen, das sich in Nordpersien in einem zoologisch fast unerforschten Gebiet befindet.

Ein Anzug von 100 Häusern im Kraftwagen. Eine ganze Arbeiterschaft von etwa 100 Häusern ist in Amerika mit Hilfe von Kraftwagen nach einem 18 Kilometer entfernten Ort verlegt worden. Es handelt sich um eine Siedlung, die nach der Stadt Cadillac transportiert werden sollte. Wie in der „Mitschau“ erzählt wird, lebte man sich dazu eines Motorfährgeschleppers und eines eisernen Anhängers von 35 Tonnen Tragkraft. Der Transport eines jeden Hauses erforderte vier Stunden, wobei auf der Landstraße Geschwindigkeiten von 8 bis 12 Kilometer in der Stunde erreicht wurden. Mehr Zeit beanspruchte das Auf- und Abladen der Häuser, denn die aus Erdgeschos und Dachgeschos bestehenden Gebäude wurden nicht zerlegt, sondern mit Hilfe von Winden gleichmäßig angehoben und auf den darunter geschobenen Anhänger gesetzt. Dabei blieben sogar die Fenster Scheiben an Ort und Stelle und unbeschädigt. Es dauerte immer drei Tage, um zwei Häuser abzutransportieren und aufzustellen.

Im Deutschen Opernhaus gibt Sonnabend, an Stelle der angekündigten Vorstellung „Der Prophet“, „Oberon“ in Szene.

Ein japanisches Tänzerpaar. Das Yshii und Konami Yshii wird heute im Albinmorth-Schauspielhaus am 30. April im Blüthen-Ceal alljapanische Volks- sowie Amstänze auführen.

Der Wiederaufbau des Wiesbadener Staatstheaters nimmt rüstigen Fortgang. Das neue Bühnenhaus wird gegen Ende des Jahres in Betrieb genommen werden können. Für die Uebergangszeit wird im großen Karlsruher Saal ein Provisorium für die Aufführung von Opern geschaffen.

Geimtblöschschule. Taus. Sämtliche Schüler der Jahrgänge 1920—1923 treffen sich am 14. und 15. Juli zur Konferenz auf der Veuchtersburg. Vorläufige Tagesordnung: 1. Heimvolkshochschule Tins und die Arbeiterbewegung; 2. Meinungsaustrausch der Schüler; 3. Organisatorischer Zusammenklang. Nähere Auskunft erteilt Paul Kernmann, Magdeburg, Gr. Mühlstr. 3.

Oben Gedins neue Pläne. Sven Gedin berellte seine 6. Reise nach Tibet in Begleitung mehrerer schwedischer Gelehrter vor. Das Hauptziel soll die Erschließung der Zentralteile von Tibet und des Zusammenhanges zwischen Karakorum und Dorga-Gebirge werden. Ueberigens schickte auch die russische Regierung eine „geographische Mission“ nach Tibet unter Führung von Kosloff.



### Schafft Freitische für hungrige Kinder.

Das rote Kreuz, Abt. Mutter und Kind, verbreitet folgenden Aufruf: Immer dringender geht ein Mahnruf von Haus zu Haus, immer lauter klopft er an die Herzen, immer begehrtlicher fordert er Gehör! Er richtet sich an alle, die täglich an reich besetzten Tischen sitzen, und an alle solche, die in bescheidenen Verhältnissen doch noch täglich ihr fröhliches warmes Essen haben. Denkt an die Kinder unserer Stadt, die sich nicht mehr sattessen können, an die Kinder des bedürftigen Mittelstandes, an die Kinder der Witwen, denkt vor allem an die Not der kinderreichen Familien. Es gibt ein Mittel, allen diesen zu helfen, ein Mittel, das euch kein großes Opfer kostet und das doch zu einer wesentlichen Hilfe werden kann, denn mit der Größe der Not wächst der Wert des Gebotenen. Das ist es, was von euch gefordert wird: Ladet euch regelmäßig ein- bis zweimal in der Woche ein hungriges Kind zu Mittagessen ein. — Anmeldungen erbeten an die Vereinigung für Kinderhilfe des Deutschen Roten Kreuzes, Abteilung Mutter und Kind, Wlrl.-Charlottenburg, Berliner Str. 137.

**Schnellfahrende Personenzüge Berlin—Breslau.** Ab 16. April sind zwischen Berlin und Breslau zwei schnellfahrende Personenzüge eingelegt worden, die aber nur schwach besetzt sind. Das Publikum wird erneut auf die dadurch geschaffene günstige Fahrverbindungs hingewiesen. Sollte die Benutzung der Züge auch weiterhin so gering wie bisher bleiben, so sieht sich die Eisenbahnverwaltung veranlaßt, die beiden Züge ausfallen zu lassen. Die betreffenden Züge verkehren folgendermaßen: Ab Charlottenburg Zug 219 8.40 vorm., Breslau an 5.29 nachm. Gegenzug ab Breslau Nr. 220 6.01 früh, an Charlottenburg 1.28 mittags.

**Die Sommerausgabe 1923 des Reichs-Kursbuches** erscheint zum 1. Juni zum Preise von 10000 Mark. Bestellungen nehmen alle Postanstalten entgegen. Eine frühzeitige Bestellung wird empfohlen, weil sonst auf Lieferung nicht zu rechnen ist.

**Unentgeltliche Schwangerenberatung** in ärztlichen, sozialen, wirtschaftlichen und juristischen Fragen jeden Montag, Mittwoch und Freitag von 10 bis 12 Uhr im Röntgen-Krankenhaus für Geburthilfe, Charlottenburg, Sophie-Charlotten-Str. 116 (Eingang Südseite).

**Ergänzungsfürsorge für Niederösterreich.** Ab 23. d. M. werden in der Ergänzungsfürsorge für Niederösterreich, Berliner Straße 21, wöchentlich drei Euphorien und zwei Montags, Mittwochs und Freitags von 3 bis 4 Uhr nachmittags abgehalten.

**Ein Abendkurs für Gebrauchsgewerker** ist an der Kunstgewerbe- und Handwerkschule, Berlin D. 27, Lindenstraße 1/2 (Kloster 2, Handwerkerhause) für das jetzt beginnende Semester eingerichtet worden. Ferner ist die keramische Fachklasse mit Werkstättenbetrieb (Montag, Dienstag, Donnerstag, Freitag von 5 bis 9 Uhr) sowie an einigen Vormittagen nach Bedürfnis.

**Ein unentgeltliches Spiekkursus** veranstaltet das Bezirksjugendamt Tiergarten ab 1. Mai auf dem Sportplatz Tiergarten (am Zoo). Der Kursus behandelt das Fußballspiel und dauert 14 Tage, an drei Abenden der Woche je zwei Stunden. Im Anschluß sind mehrere Kurse. Die Teilnahme an diesen Kursen ist unentgeltlich. Für Spiekkursanten der ersten drei Lehrjahre werden besondere Vorkehrungen getroffen. Anmeldungen an das Bezirksjugendamt Tiergarten, Berlin NW, Alchhofstr. 6, 1. Treppe, Zimmer 10, Abteilung Sport und Spiel, bis zum 25. April.

**Der gute Schriftführer und Berichterstatter** nennt sich ein handliches Heftchen, das vom Redakteur des „Volkswortes“ erschienen ist und ausgedehnte Anweisungen für alle jene enthält, die von Vereinen wegen der Bearbeitung der Briefe vertraut sind. In Wirtschaft oder ist nicht die einfachsten Grundbegriffe dessen kennen, was die Tagespresse von einer brauchbaren Berichtserstattung erwarten darf. Schriftführer und Mitglieder der Vereinskassen sollen sich diese Anleitung zulegen, recht sorgfältig ihre Anregungen durchlesen und auch danach handeln. Einleitend, die heute unentgeltlich haltend die grammausgabe, die Grundaussage, die Grundaussage und die Zuverlässigkeit und Treue der Berichtserstattung werden mit Recht ganz besonders betont.

**Die Geschäftsräume des Reichsbundes der Kriegsgeschädigten,** Teilnehmer und Kriegshinterbliebenen, Dringegruppe Reutlin, befinden sich jetzt Donaustr. 128 neben der Schule. Die Geschäftsstunden bleiben unverändert.

**Die Flugverbindungen Berlin—London** wird einen flugplanmäßigen Anschluß von London nach Manchester erhalten. Auch die Aufnahme dieses Anschlußdienstes von London nach Manchester beginnt ebenfalls am 1. Mai d. S.

## Groß-Berliner Parteiankündigungen.

Heute, Dienstag, den 24. April:

- 21. Abt. 1/2 Uhr, Funktionärskonferenz bei Goldschmidt, Stolpische Straße 2. Gehören alle Funktionäre Pflicht.
- 27. Abt. 11. Sitzung des Bildungsausschusses. Deren nehmen teil von jedem Bezirk zwei Gewählte, die zur Mitarbeit für die Kollaborat bestimmt sind.

Morgen, Mittwoch, den 25. April:

- 8. Kreis Spanbau, 1/2 Uhr, im Restaurant Roter Kamm, Ecke Reuter- und Zehlendorfer, Kreisamtskonferenz. Tagesordnung: 1. Nächste Partei ein Kampfmittel. 2. Bericht: Genosse Richard Kroll. 3. Die Kollaborat. 4. Sämtliche Funktionäre, einschließlich Stadträte und Bezirksverordnete sowie die Betriebsbeauftragten müssen erscheinen.
- 4. Abt. Die Mitgliederversammlung 1923 aus und findet am 3. Mai statt.
- 45. Abt. 11. Sitzung 7 Uhr, Schulstraße 10, Ecke Reichenberger Straße, Mitgliederversammlung. Tagesordnung: Jahres-, Geschäfts- und Rechenschaftsbericht der Obmannschaft der Ortsorganisation und Stellungnahme zur politischen Lage.

**Frauenveranstaltungen am Mittwoch, den 25. April:**

- 116. Abt. 11. Sitzung, 1/2 Uhr, in der Bibliothek, Reichstraße 26. Vortrag der Genossin Clara Böhm-Schuch.

## Jugendveranstaltungen.

Südwesten: Jugendheim, Lindenstraße 3. — Westen: Jugendheim, Auf der Heidestraße 141. — Südosten: Jugendheim, Hildegardstraße 4. Außerordentliche Mitgliederversammlung.

# Gewerkschaftsbewegung

## Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund.

Von der Ausschussung des ADGB vom 17. und 18. April ist noch nachzutragen, daß der Ausschuss seine Mißbilligung über das Auftreten des Genossen Timmen, Sekretärs des Internationalen Gewerkschaftsbundes, während seiner Reise in Deutschland gelegentlich der französisch-belgischen Besetzung des Ruhrgebietes, ausgesprochen. Der Ausschuss legte gegen die ohne Wissen und Zustimmung der verantwortlichen Landeszentrale veranstalteten Vorträge Timmens und gegen seine unberechtigten Kritik der Kampftaktik des ADGB, Verwahrung ein.

Aus Anlaß eines bestimmten Falles stellte sich der Ausschuss auf den Standpunkt, daß die Mitglieder des Bundesvorstandes für ihre Tätigkeit nur dem Ausschuss und dem Gewerkschaftskongress verantwortlich seien und von anderen Körperschaften nicht zur Verantwortung gezogen werden dürften.

Die Jugendkonferenz, die bei Gelegenheit des vorjährigen Gewerkschaftskongresses in Leipzig abgehalten wurde, hatte ein Programm für die gewerkschaftliche Jugendarbeit entworfen. Dieses Programm wurde nach geringer Aenderung vom Bundesauschuss gutgeheißen. Der Bundesauschuss beschäftigte sich sodann unter anderem noch mit der Anrechnung der Beiträge bei Uebertritten aus Verbänden, die dem ADGB, angeschlossen sind, und bei Uebertritten aus anderen Verbänden. Schutze berichtete über das Ergebnis einer Umfrage bei den Verbänden darüber, wie diese bisher bei solchen Uebertritten die Beiträge anrechneten. Aus diesem Bericht sowie aus der Aussprache ergab sich, daß die Verbände nicht einheitlich verfahren und daß die gleichmäßige Anrechnung der Beiträge durch das schnelle und ungleichmäßige Steigen der Beiträge und der Unterstellungen erschwert werde. Der Ausschuss stellte sich auf den Standpunkt, daß bei Uebertritten aus angeschlossenen Verbänden den Uebertrietenden die Beiträge so angerechnet werden sollen, wie den eigenen Mitgliedern. Bei Uebertritten aus nicht angeschlossenen Organisationen soll es den Verbänden freigestellt werden, wie sie den Uebertrietenden die bisher geleisteten Beiträge anrechnen wollen.

Ferner wurde mitgeteilt, daß der Entwurf zu einem einheitlichen Mitgliedsbuch, mit dessen Ausarbeitung der Bundesvorstand beauftragt worden war, den Vorständen demnächst zugehen werde. Mit einem erneuten Hinweis auf den Ernst der Lage sowohl im Ruhrgebiet als auch in bezug der Wirtschaftskämpfe, die den Gewerkschaften bevorstehen, schloß Bundesvorsitzender Leipart die Ausschussung.

Der Lohnkampf im Bootbaugewerbe.

Nachdem das im Verein der Flusschiffmeister organisierte Unternehmertum, angeblich um die Marktstabilisierung nicht zu gefährden, jegliche Verhandlungen über Erhöhung der Löhne für April abgelehnt hatte, fällt am 18. April der Schlichtungsausschuss einen Schiedsspruch, der eine 10prozentige Erhöhung verleiht. Ausdrücklich wurde darin festgelegt, daß die bis dato gezahlten Löhne als nicht ausreichend zu betrachten seien und deshalb eine Erhöhung um 10 Proz. bedingt sei. Die Herren des Vereins glauben jedoch, die Bootbauer noch weiterhin abzuspeisen zu können und lehnten den Schiedsspruch ab. Jedoch auch die Kammergericht der Bootbauer erreicht einmal ein Ende. Sie werden den Herren zeigen, daß sie das Recht für sich in Anspruch nehmen, mit anderen Berufen an gleiche Stufe gestellt zu werden. Die Versammlung am Mittwoch wird zu dieser Proklamation der Unternehmer Stellung nehmen. Vollzähliges Erscheinen aller Kollegen ist dringende Pflicht. Die Verbandsleitung.

Zum Steuerabzug vom Arbeitslohn.

Nach der Abänderungsverordnung vom 31. März 1923 sind die im Wege des Steuerabzugs vom Arbeitslohn einzubehaltenden Beträge künftig auf die nächsten vollen zehn Mark nach unten abzurunden. Dies gilt ohne Rücksicht auf die Lohnzahlungsperiode (Tageslohn, Wochenlohn usw.) bei jeder nach dem 20. April 1923 erfolgenden Lohnzahlung.

Schwere Kämpfe in Pommerns Holzindustrie.

Man schreibt uns: In der Holzindustrie besteht ein Reichsmantelvertrag. Auf der Grundlage dieses Vertrags sind in ganz Deutschland Landesverträge abgeschlossen. Die Löhne werden überall befristet vereinbart. Nur in Pommern ist eine solche befristete Regelung nicht zustande gekommen. Zwar sind seit einiger Zeit in Pommern sieben der hauptsächlich in Frage kommenden Orte zusammengeschlossen, doch in den übrigen circa 50 Orten in Pommern muß die Lohnvereinbarung überall örtlich durchgeführt werden. Bei der bisherigen Stigerung der Preise ist es erklärlich, daß die Arbeit der Verbandsobersten durch die regelmäßigen örtlichen Einzelverhandlungen nicht leicht gewesen ist, zumal in Pommern mit einem zum größten Teil außerordentlich rückständigen Unternehmertum zu rechnen ist. So kam es, daß die Löhne der Preisermittlung nicht im entferntesten folgen konnten und ziemlich zurückgeblieben sind. Die Annahme, daß jetzt bei der Stabilisierung die Arbeitgeber den Wünschen der Arbeiterschaft Rechnung tragen und mit den Löhnen etwas nachkommen würden, erwies sich als falsch. Während in anderen Landesteilen Löhne von 1400 bis 2000 M. pro Stunde für Tischler gezahlt werden, glauben die Arbeitgeber in Pommern, daß hier die Tischlerstellen mit 700 bis 800 M. pro Stunde ausreichend entlohnt seien. Mehrlich so liegt es bei den Sägereiarbeitern. In Pommern sind die Mitglieder des Holzarbeiterverbandes in Barth in den Streik getreten, weil die Arbeitgeber auf den Februarlohn von 730 M. ganze 10 Proz. Lohnerhöhung ge-

boten hatten. Die Folge war, daß in Anklam, Greifswald, Grimmen, Lüssow, Stralsund und Wolgast die Arbeiter in den Tischlereibetrieben ebenfalls in den Streik traten oder ausgesperrt wurden. Vergeblich hat sich bisher der Vertreter des Regierungspräsidenten in Stralsund bemüht, eine Einigung herbeizuführen. Die Arbeitgeber sind außerordentlich hartnäckig und der Kampf, der schon vier bis sieben Wochen tobt, geht weiter.

In Hinterpommern übt der Ostpommersche Arbeitgeberverband mit dem Sitz in Stolp seinen unheimlichen Einfluß aus. Nicht nur daß diese schamlosmachende Unternehmerorganisation in Stolp versucht, die Löhne niedrig zu halten, versucht sie auch noch Rundschreiben an die Arbeitgeber anderer Orte mit dem Ersuchen, unter keinen Umständen irgendwelche Lohn-erhöhungen zu bewilligen. Und zwar nicht etwa erst jetzt, sondern bereits Ausgang Februar, wo nach dem Reichslohn für den Februar eine Stigerung der Preise von 136 Proz. zu verzeichnen war. Die Folge war, daß Anfang März die Löhner in Köslin, Schwane und Belgard in den Streik traten. Mitte März kam Stolp hinzu und Anfang April auch Bülow und Lauenburg, in letzteren beiden Orten auch die Sägereiarbeiter. In Stolp selbst sind nicht nur die Holzarbeiter im Streik, sondern auch die Metallarbeiter, Ziegeleiarbeiter, Brauereiarbeiter und Maschinenbauarbeiter, weil hier der Schlichtungsausschuss auf die bisherigen niedrigen Löhne von 600 bis 700 M. eine Lohnerhöhung von ganzen 100 M. zugesprochen hatte. Die Arbeiterschaft ist nicht gewillt, für diese Hungerlöhne weiterzuarbeiten, zumal in Pommern die Lebensmittelpreise und die Preise für die anderen Bedarfsartikel nicht billiger sind als in anderen Gegenden Deutschlands. Die Reichsminister für März besagt, daß die Preise um das 285fache gegen die Friedenszeit gestiegen sind. Wenn wir also einen Friedenslohn von 45 Pf. nehmen, dann müßte nach der Indexziffer der Lohn heute rund 1500 M. pro Stunde bei 48stündiger Arbeitszeit betragen. Was sagt der Reichsminister Cuno und der Reichswirtschaftsminister Becker dazu? Wenn die Herren der Regierung sind, daß die Löhne dem heutigen Preisniveau angepaßt werden sollen, dann mögen sie ihren Einfluß auf die widerspenstigen Unternehmer geltend machen. Während in Vorpommern der Regierungspräsident wenigstens der Versuch gemacht hat, eine Einigung herbeizuführen, hat der Regierungspräsident von Köslin bisher noch nichts von sich hören lassen.

Die Holzarbeiter sind gewillt, den Kampf um die Erringung eines menschenwürdigen Lohnes noch weiter fortzusetzen. Wenn schon die Arbeiter bei der Arbeit hungern sollen, dann können sie diese Hungerkur lieber ohne Arbeit fortsetzen. Notwendig ist es aber, diese Verhältnisse einmal der breitesten Öffentlichkeit bekanntzugeben, um zu zeigen, mit welcher reaktionären Arbeitgebern die Arbeiterschaft in Pommern zu rechnen hat.

Beilegung eines gewerkschaftlichen Grenzstreites.

Seit Jahren bestand ein unliebsamer Grenzstreit zwischen dem Zentralverband der Fleischer und dem Zentralverband der Angestellten bezüglich der Zuständigkeit für die Verkaufserlöse in Konsumtischereien, der wiederum auch der Vorstand des ADGB, beschäftigte. Dieser Grenzstreit übertrug sich zeitweilig auch auf die Ladenmeister und Blockgesellschaften derselben Betriebe. Ein im vorigen Jahre auf Grund des § 2 des Organisationsabkommens zwischen dem ADGB und dem F.V.A.-Bund eingeleitetes Schiedsgericht war nicht in der Lage, den Grenzstreit durch Schiedsspruch, dem sich die beiden Verbände zu unterwerfen gehabt hätten, zu beilegen. Weiter vom Vorstand des ADGB geleitete Verhandlungen führten zu folgender Vereinbarung:

Zur Abgrenzung des Organisationsgebietes und zur Beilegung des Grenzstreites in den Fleischverkaufsstellen der Konsumvereine wurde in der Sitzung am 28. März 1923 unter Mitwirkung des Vorstandes des ADGB, folgendes vereinbart:

Für die Ladenmeister und Blockgesellschaften ist der Zentralverband der Fleischer und Berufsgenossen, für die Verkaufserlöse in den Fleisch- und Kassierereinnahmen ist der Zentralverband der Angestellten die zuständige gewerkschaftliche Organisation. — Der Bestand der Mitglieder, soweit er bis zum 31. Dezember 1922 bestand, bleibt gewahrt; etwa nach dem 31. Dezember 1922 erfolgte Uebertritte oder unzulässige Aufnahmen werden an die zuständige Organisation verwiesen. Bei Tarifverhandlungen, Gehaltssteigerungen usw., wobei die Interessen beider Gruppen in Frage kommen, muß vorher rechtzeitig gegenseitige Verständigung erfolgen und kommen beide Organisationen als Tarifkontrahenten in Betracht.

Lebens- und Genussmittel-Internationale.

Die Internationale Union der Lebens- und Genussmittel-Gewerkschaften tagte in Basel. Vertreten waren Deutschland, Frankreich, Dänemark, die Schweiz, Dänemark, die Tischlergewerkschaft, Belgien und Holland und der Internationale Gewerkschaftsbund durch seinen Sekretär Timmen-Amsterdam. Hervorzuheben ist von der umfangreichen Tagesordnung die Frage der Umbildung der Nacharbeit und die Zulassung russischer Organisationen zur Internationalen Union. In der Frage der Nacharbeit nahm die Versammlung eine Entschliessung an, welche die Befestigung der Nacharbeit in den Bäckereien als notwendig erachtet. Die Tagung fordert in allen Ländern völlige Arbeitsruhe von 10 Uhr abends bis 6 Uhr morgens. In der Frage der Zulassung russischer Verbände zur Internationalen Union beschloß die Tagung bei dem demnächst stattfindenden Kongress zu beantragen, von einer endgültigen Aufnahme russischer Verbände abzusehen.

Der Deutsche Metallarbeiterverband hat seine 16. ordentliche Generalversammlung auf Montag, den 12. September, nach Kassel einberufen. Als besonderer Tagesordnungspunkt ist vorgesehen: Die Gewerkschaften und die Aufgaben der Sozialpolitik.

Verantwortlich für den Inhalt: Fritz Eicher, Berlin; für den Anzeigen: H. Gluck, Berlin; Verlag: Verlags-Verlag G. m. b. H., Berlin; Druck: Hermanns-Verlagsdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Ehrlich u. Co., Berlin, Lindenstr. 3

**Welt unter halbem Tagespreis**  
**Zähne** Mark 3000 und 4000  
Schriftl. Garantie. Zähne ohne Gaumen. Kulante Zahlungsverleicherung. Keine Luxuspreise. Goldkronen v. 4000 M. an. Ersatzkronen 6000 M. Zahnziehen u. Behandlung b. Bestell. u. Gebissen gratis.  
**Katvani, Danziger Str. 1**  
Ecke Schönhauser Allee, Hochhausstation  
Vorsatz erhält 10 Prozent Extra-Rabatt. Bis jetzt über 1500 Gebisse zu voll Zahreidenhalt geliefert.

**Eintausend von Brillanten.**  
Verlen, Smaragde, Rubin, Gold- und Silberbruch, sowie Uhren, Ketten u. Ringe, Schapiro, Neue Königstr. 19a, im Laden.  
**Alte Gebisse** auch zerbrochene  
pro Zahn 3500, 4000 bis 50 000 Mark  
Gold-, Silber-, Silberbruch kaufte zum Tageskurs Zahn-Ankaufsstelle  
**B. Zymelski, Weißburger Str. 37**

**Gold Silber Platin Brillanten**  
kauft reell zu höchsten Tageskursen  
**C. Käferle**  
Juwelier - Juwelier  
Frankfurter Allee 273

**Garderobe**  
auf sehr bequeme Teilzahlung  
bei geringer Anzahlung  
**Herren Damen**  
Anzüge Mäntel  
Schlupfer Kostüme  
Clister Kleider, Röcke  
Regenmäntel  
Sehr billige Preise!  
**Gebr. Kassner** Bülowstr. 6  
im Nollendorfpf.

**Garderobe**  
auf bequeme Teilzahlung  
und gegen bar mit entsprech. Rabatt  
für Herren u. Damen  
**H. Tyra & Co.**  
Danziger Str. 20  
e. A. Turmstraße.

**Gewinn-Auszug**  
der  
**21. Preussisch-Süddeutschen**  
(247. Preussischen) Klassen-Lotterie  
4 Klasse 6. Ziehungstag 23. April 1923  
Auf jede gezogene Nummer sind zwei gleich hohe Gewinne gefallen, und zwar je einer auf die Klasse gleicher Nummer in den beiden Abteilungen I und II  
Der Gewähr. Nachdruck verboten.  
In der Vormittags-Ziehung wurden Gewinne über 30 000 M. gezogen.  
6 zu 100000 M. 6332 149274 1261 6  
10 zu 50000 M. 35329 62733 323177 329214 363921  
20 zu 20000 M. 10149 12647 17955 4125 40560 40593  
8013 87458 60283 67208 122864 180745 188214 20058  
203758 216743 2773 22807 232708 188701 261282  
26178 203076 284359 289148 289195 30325 327175 029300  
In der Nachmittags-Ziehung wurden Gewinne über 20 000 M. gezogen.  
3 zu 100000 M. 4218  
8 zu 50000 M. 81781 22879 266118  
68 zu 20000 M. 714 28457 17481 29931 28273 37661  
8385 87118 88488 63047 68783 105894 126065 128357  
132243 83483 162903 186 82 237128 268 38 295 63  
27674 173 94 281611 30 941 31 433 814564 31704  
8160 7 330534 31217 3.4601 155285 361812

**Gold-, Silber-, Platin-Bruch Brillanten**  
Zahngelbisse zahlunüberbierbare Preis  
**R. Felske,**  
67 Grosse Frankfurter Straße 67.

**Reste-Haus**  
**C. Pelz**  
Kellnerstr. 5  
Anzugstoffe  
Kostümstoffe  
Mantelstoffe  
Kleiderstoffe  
Seidenstoffe  
Mäntel, Kostüme  
Röcke  
2% Rabatt!

**Restehandlg. Haarpuder**  
Goldstr. 2  
e. A. Turmstraße  
Kanzel- u. Sauerbrotstraße,  
Seiden, Samt,  
stetliche Futtermittel  
bestehend unter Preis

**Drum prüfe, wer sich ewig bindet!**  
Als Selbstversorger liefert ich in Qualität und Preis einzig dastehend  
**Trauringe**  
1 Ring Du-stengold v. M. 3000 an  
1 Ring 365 gestempelt v. M. 2000 an  
1 Ring 333 gestempelt v. M. 10500 an  
Einfache Ringe 3000 M.  
Berlin N., Artilleriestr. 30  
Berlin W., Passauer Str. 12  
Alle auf Hausnummer achten.  
Ausgüßliche Preise nach außerhalb gegen Rückporto.  
Aufträge u. Bestellungen ohne Rückporto können nicht erledigt werden.  
Garantiechein für gesetzlichen Goldinhalt.  
Telegr.-Adr. Trauringen Berlin.

**Garderobe**  
für Herren und Damen auf bequeme Teilzahlung  
billige Preise  
**BEISER, Lohninger Straße 67**

**Restehandlg. Haarpuder**  
Goldstr. 2  
e. A. Turmstraße  
Kanzel- u. Sauerbrotstraße,  
Seiden, Samt,  
stetliche Futtermittel  
bestehend unter Preis

**H. Wiese, Juwelier**  
alle auf Hausnummer achten.  
Ausgüßliche Preise nach außerhalb gegen Rückporto.  
Aufträge u. Bestellungen ohne Rückporto können nicht erledigt werden.  
Garantiechein für gesetzlichen Goldinhalt.  
Telegr.-Adr. Trauringen Berlin.

**Ungeheuer billig!**  
gestiegen i. Preise sind alle Lebensmittel und Bedarfsartikel. Kleine Anzeigen im Vorwärts sind aber immer noch